

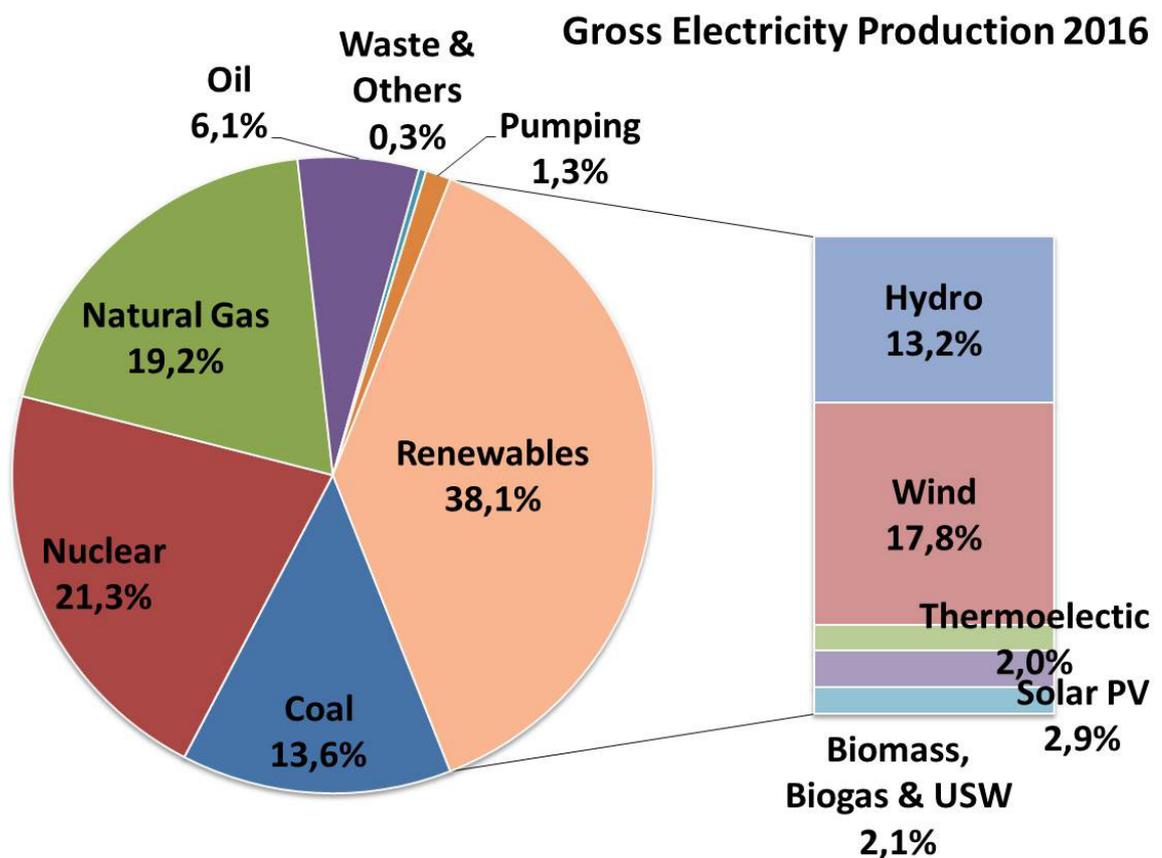
Energiepolitik in Spanien und Andalusien

Dr. Hartwig Berger, 030-3131730. berger@oekowerk.de
Januar 2018

1. Erneuerbare Energien – gegenwärtiger Stand
2. Politische Konzepte zur Energiewende
3. Klimapolitik in Andalusien
4. Zur Energiebilanz in der Provinz Cádiz
5. Politische Nachbemerkung

1. Erneuerbare Energie – zum gegenwärtigen Stand

Fig 1: Gross Electricity Production 2016 ¹



Der Anteil der Erneuerbaren Energie an der spanischen Stromproduktion lag 2016 bei 38,1%, Strom aus Wasserkraft bei 13,2% und Windstrom bei 17,8%. Die Gesamt-Kapazität von Windstrom betrug Ende 2016 23.047MW, von PV-Solarstrom 4.675 MW, von

¹ Entnommen einem Vortrag von Marisa Olano, Instituto de Diversification y Ahorro de Energía España, Korea, April 2017. <http://www.idae.es/eu/node/12480>

solarthermisch erzeugtem Strom 2.250MW. Der Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch insgesamt wurde 2016 mit 6,6% beziffert.

Diese Momentaufnahme kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entwicklung der Erneuerbaren in Spanien seit Jahren stagniert. Dies ist Folge einer gezielten Politik der Ausbremsung, die insbesondere seit dem Regierungsantritt der rechtskonservativen Partido Popular (PP) seit 2012 betrieben wird. Begründet wurde die Ausbremsung mit der allerdings bestreitbaren Annahme, dass der Ausbau der Erneuerbaren für die Erhöhung der Strompreise verantwortlich sei. Seitens der Solarbranche wird erfolgreicher Lobbydruck der Betreiber fossiler Kraftwerke genannt, die um ihre Marktanteile fürchten, zumal mit EU-Fördermitteln in Spanien ein Überhang von Gaskraftwerken errichtet worden ist.

Im Jahr 2017 schrieb die Regierung erstmals wieder einen begrenzten Zubau von 3.000 MW² an Wind- und Solarstrom aus, der an interessierte Unternehmen versteigert wurde.

Spanien, insbesondere die südlich gelegenen Regionen, bieten klimatisch günstige Voraussetzungen für Eigenerzeugung und –verbrauch insbesondere von Solarstrom sowie von kleiner Windkraft. Aufgrund höherer Sonnenstrahlung und häufiger wolkenfreier Tage liegt der Ertrag einer Solaranlage gleichen Zuschnitts in der Provinz Cádiz etwa doppelt so hoch wie beispielsweise in Berlin. Für die PP-Regierung waren die vielversprechenden Perspektiven des „autoconsumo“ allerdings ein Anlass, per Realdekret³ über administrative Hürden und wirtschaftliche Zusatzlasten die Eigenerzeugung möglichst unattraktiv zu machen.

Gleichwohl sind in Spanien zunehmend Basisaktivitäten der Eigenerzeugung zu beobachten. In jüngster Zeit wegweisend war hier die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts im Juli 2017, die einer Klage der Regionalregierung von Katalonien stattgab und das Verbot des autoconsumo distribuido aufhob. Somit ist es jetzt zulässig, eigenerzeugten Solarstrom in der Nachbarschaft zu verkaufen oder auch, etwa in Form einer Genossenschaft, kollektiv zu erzeugen⁴. Als nur ein ermutigendes Beispiel ist die 2017 gegründete Initiative „Oleada Solar“ zu nennen, die den kostengünstigen Gemeinschaftseinkauf von Solaranlagen organisiert und für ihre Einrichtung landesweit Beratungsstellen eingerichtet hat. Nach nur 7 Monaten waren im Dezember 2017 bereits 100 Anlagen installiert⁵.

Der sich in Spanien deutlich abzeichnende Klimawandel wird das Land aufgrund unmittelbarer Wirkungen zwingen, in den kommenden Jahren weit mehr als bisher für eine wirksame Energiewende zu tun. Die Dürreperioden der vergangenen Jahre sind dafür ein deutliches Signal. So war die Kapazität der Stauseen, die für Trinkwasserversorgung wie Stromerzeugung eingesetzt werden, von Januar bis Juli 2017 um 51% zurückgegangen. Der Strom aus Wasserkraft wurde durch Kohle und Erdgas ersetzt, mit der Folge, dass die generierte Menge an CO₂ aus Kohlestrom um 72%, die von Erdgas-Strom um 30% anstieg⁶.

2. Politische Konzepte einer Energiewende

² Nach anderen Angaben: 8.000 MW

³ 900/2015, vom 9.10.2015

⁴ www.rtve.es › *Noticias* › *Economía*, 6. 6., 2017

⁵ <https://www.energias-renovables.com/fotovoltaiica/la-oleada-solar-celebra-sus-100-instalaciones-20171206>

⁶ El País 17.8.2017

Im Sommer 2017 hat die Regierung den Entwurf eines „Ley de Cambio Climático y Transición Energética“⁷ vorgelegt und zu einer nicht näher umschriebenen Beteiligung der Zivilgesellschaft aufgerufen. Das Gesetz soll nach dem Willen der PP-Fraktion in der ersten Jahreshälfte 2018 dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Mit dem Gesetz soll eine weltweite Spitzenstellung Spaniens im Einsatz erneuerbarer Energie erreicht und zugleich der Förderung der Energieeffizienz Priorität gegeben werden. Die formulierten Ziele, die sich an den Vorgaben der EU orientieren, nehmen sich hingegen wenig anspruchsvoll aus:

- Die CO₂-Emissionen sollen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 2005 um 26% verringert werden. Hierbei ist zu beachten, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in Spanien von 2007 bis 2014 eine Reduktion des CO₂-Ausstoß um rund 20% erzwungen hat, das Land sich also de facto nur minimale Reduktionspflichten auferlegen würde. Die Emissionen von Treibhausgasen insgesamt lagen 2015 bei 336 Mio t, mit deutlich steigender Tendenz seitdem⁸.
- Für die Steigerung der Energieeffizienz soll die EU-Zielsetzung von 30% Verringerung gegenüber 2010 nur orientierend, jedoch nicht verbindlich sein. „Spanien wird seinen Beitrag zur EU-Zielsetzung (noch) definieren müssen.“
- Für das 27% -Ziel für Erneuerbare Energien legt der Regierungsentwurf dieselben Einschränkungen wie bei der Energieeffizienz fest.

Auch weil die rechtskonservative PP die Regierung ohne eigene ohne parlamentarische Mehrheit (133 von 350 Abg.) ausübt, ist die Position anderer Parteien zum Gesetzentwurf von besonderem Interesse.

Die größte Oppositionspartei ist mit 84 Abgeordneten die PSOE. Sie hat in ihrem Wahlprogramm für 2015⁹ ein Konzept für die Energiewende in Spanien vorgelegt und dieses in einer Vorlage für ein Gesetz zum Klimawandel vom Juli 2017 im Kern bestätigt. Gemäß ihrem Programm soll sich das Land auf eine CO₂-Verringerung um 40% bis 2030, gerechnet auf 1990, festlegen, bei einem Anteil der Erneuerbaren Energien von insgesamt 35-40% und im Stromsektor von 70%. Die PSOE plädiert für die Aufhebung des o.g. Realdekrets für den Eigenverbrauch von Solarstrom und für ein uneingeschränktes Recht, dezentrale Erzeugungs- und Verbrauchsgemeinschaften zu bilden. Die Energieeffizienz soll im öffentlichen Sektor jährlich um 3%, im Privatsektor um 2% gesteigert werden. Dem soll ein Plan zur energetischen Gebäude und Stadtsanierung dienen, über den pro Jahr 200.000 Wohnungen erneuert werden, mit dem Effekt, dass 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Schließlich tritt die PSOE für eine ökologische Steuerreform und für eine garantierte Grundversorgung mit Energie für Haushalte mit niedrigem Einkommen ein.

Nach dem nationalen Energiewendeplan 2016 von Unidos-Podemos¹⁰, dem mit 67 Abgeordneten zweitstärksten oppositionellen Parteienbündnis, soll eine Null-Emission von CO₂ bis 2050 erreicht sein. Gegenüber dem Referenzjahr 1990 sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 40% reduziert und bis 2024 alle AKWs abgeschaltet werden. Das Bündnis schlägt vor, 1,5% des Bruttoinlandsprodukts für Maßnahmen des Ausbaus Erneuerbarer Energien (1%) und zur Steigerung des Energieeffizienz (0,5%) vorzusehen. Analog dem PSOE-Konzept sollen pro Jahr 200.000 Wohnungen energetisch saniert werden,

⁷http://canviclimatic.gencat.cat/web/.content/home/politiques/politiques_catalanes/Avantprojecte_llei_cc/docs/anteproyecto_ley_vasca.pdf

⁸ http://canviclimatic.gencat.cat/en/politiques/inventaris_d_emissions_de_gh/emissions_de_gh_a_espanya/

⁹ <http://www.psoe.es/programa-electoral/economia-2/mas-productiva/transicion-energetica/>

¹⁰ <http://partidoequo.es/propuestas-para-una-ley-de-cambio-climatico/>; <https://lasonrisadeunpais.es/plan-transicion-energetica-pais/>

bei Einsparungsraten bis zu 80%. Auch Podemos spricht sich für eine Grundversorgung armer Haushalte mit Energie (und Wasser), für die Aufhebung aller finanziellen und administrativen Barrieren für den Eigenverbrauch von Strom und für eine Energiewende von unten mit energieautonomen Sozialzusammenhängen aus. Angenommen wird, dass eine so konzipierte Energiewende 400.000 zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Unter den teilweise regen Aktivitäten von NGOs ist insbesondere das vor einigen Jahren gegründete Netzwerk „Nuevo Modelo Energético“ zu nennen, dem nach eigenen Angaben 451 Gruppen angehören, darunter alle wichtigen Umweltorganisationen im Land. Zu nennen ist hier etwa die gemeinsame Plattform, die 2012 verabschiedet wurde¹¹. Für unser Vorhaben von besonderem Interesse ist das „Manifest für eine energetisch zukunftsfähige Kommune“¹² von 2015 mit konkreten Selbstverpflichtungen. Ihm sind mehrere Dutzend Gemeinden angeschlossen, aus der Provinz Cádiz ist das Puerto Real (42.000 Einwohner), wo neben Podemos die Grüne Partei „Equo“ die Stadtregierung bildet..

Zum Problembereich Energieeffizienz hat die spanische Regierung im Jahr 2017 einen detaillierten Bericht an die EU-Kommission eingereicht, der darlegt, wie sie die Regelungen der EU-Richtlinie 27/2012 zur Energieeffizienz zu erfüllen gedenkt¹³. In diesem Zusammenhang ist die Aufstellung zur Entwicklung der Primärenergie 2007-2015 instruktiv¹⁴:

| <i>Struktur des Primärenergieverbrauchs</i> | | | | | | | | | |
|---|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Fuentes | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| ktep | | | | | | | | | |
| Carbón | 19.748 | 13.979 | 10.609 | 8.159 | 12.455 | 15.395 | 10.860 | 11.487 | 13.238 |
| Productos | 70.983 | 68.031 | 63.171 | 60.610 | 57.905 | 53.091 | 50.510 | 49.270 | 52.254 |
| Petrolíferos (1) | | | | | | | | | |
| Gas | 31.826 | 34.954 | 31.264 | 31.163 | 28.939 | 28.576 | 26.163 | 23.667 | 24.538 |
| Nuclear | 14.214 | 15.212 | 13.610 | 15.991 | 14.889 | 15.856 | 14.633 | 14.782 | 14.782 |
| Energías Renovables | 10.008 | 10.552 | 12.569 | 15.048 | 14.832 | 16.135 | 17.744 | 17.768 | 16.619 |
| Biomasa (2) | 5.142 | 5.351 | 6.297 | 6.553 | 7.142 | 7.690 | 6.943 | 6.802 | 6.754 |
| Hidráulica | 2.348 | 2.009 | 2.271 | 3.638 | 2.631 | 1.767 | 3.170 | 3.368 | 2.420 |
| Eólica | 2.370 | 2.833 | 3.278 | 3.807 | 3.690 | 4.254 | 4.785 | 4.472 | 4.241 |
| Solar Fotovoltaica | 43 | 220 | 513 | 552 | 640 | 704 | 716 | 707 | 711 |
| Solar Térmica | 95 | 1299 | 1989 | 482 | 713 | 1.703 | 2.1120 | 2.401 | 2.474 |
| B.T & Termoeléctrica | | | | | | | | | |
| Geotermia | 9 | 11 | 14 | 16 | 17 | 18 | 18 | 19 | 20 |
| Saldo (Imp-Exp) | -495 | -949 | -697 | -717 | -524 | -963 | -581 | -293 | -11 |
| TOTAL | 146.284 | 141.779 | 130.527 | 130.253 | 128.496 | 128.090 | 119.329 | 116.681 | 121.418 |

¹¹ ww.nuevomodeloenergetico.org/pgs2/index.php/main-page-list/documento-base/documento-base-espanol/

¹² <https://municipiosostenibles.wordpress.com/manifiesto/>

¹³ PLAN NACIONAL DE ACCIÓN DE EFICIENCIA ENERGÉTICA 2017-2020

¹⁴ Quelle: EUROSTAT/MINETAD. In: Plan nacional, S.19.

Der Erdöl-Anteil von 43% verweist auf einen starken Handlungsbedarf im Verkehrssektor, der bisher in der Regierungspolitik überhaupt nicht, in den Programmen anderer Parteien nur unzureichend erkennbar ist. Erfreulich ist der Zuwachs bei der solarthermischen und thermoelektrischen Energie in den letzten Jahren, bedauerlich die Stagnation von Wind und PV seit dem Regierungsantritt der PP 2011.

3. Klimapolitik in Andalusien

Die andalusische Regionalregierung hat für den Zeitraum 2014-2020 ein anspruchsvolleres Programm für eine klimaverträgliche Energiewende vorgelegt¹⁵:

- Verringerung der Nutzung von Primärenergie 2007-2020 um 25%
- Bis 2020 Anteil der Erneuerbaren Energien an der gesamten Endenergie-Nutzung von 25%
- 5% Anteil des Solarstroms im Eigenverbrauch
- Dekarbonisierung von 30% bezogen auf 2007
- Qualitative Verbesserung der Stromversorgung um 15%, insbesondere bezogen auf die räumlich marginalen Kleinstädte und Siedlungen.

Dabei wird der Energiewende insgesamt eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung wie für die Beschäftigung in der von besonders hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Region zugeordnet.

Der Entwurf eines Gesetz zum Klimawandel, den die Regierung im Herbst 2017 zur Beratung vorgelegt hat¹⁶, macht allerdings deutlich, dass nur begrenzte und aus internationaler Sicht unzureichende Verringerungen der klimawirksamen Emissionen vorgesehen sind. Demnach soll Andalusien etwa bis 2030 lediglich 18% der „diffusen“ CO₂-Emissionen (Emissionen, die nicht vom europäischen Emissionshandel erfasst sind¹⁷), gerechnet pro Kopf der Bevölkerung, verringern. Damit würde die Region sogar die wenig anspruchsvolle nationale Zielvorgabe der PP-Regierung von minus 26% 2007-2030 nicht erreichen. Begründet wird dieser Rückstand mit dem geringeren BSP Andalusiens verglichen zum nationalen Durchschnitt. Da aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs 2007-2012 die CO₂-Emissionen um rund 20% zurückgegangen sind, ergäbe sich somit ein faktischer Gleichstand auf dem Niveau von 4,1t CO₂ pro Person und Jahr. Angesichts der globalen Notwendigkeiten einer Klimapolitik, festgeschrieben auf der Pariser Konferenz 2015 und auch von Spanien ratifiziert, ist das erkennbar unzureichend. Auffallend ist im übrigen, dass der Plan keine über die übliche Praxis hinausgehenden Maßnahmen in der Landwirtschaft vorsieht, obwohl diese Andalusien eine wichtige Quelle von Treibhausgas-Emissionen ist und in der Region durch den Klimawandel (extreme Wetterereignisse, verstärkte Erosion und Ansätze zur Desertifikation) besonders verwundbar ist.

Das folgende Schaubild zur Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen in Andalusien¹⁸ von 1990-2014 zeigt deutlich die Verringerung der Ambitionen im Klimaschutz, wenn als Referenzjahr 2005 anstelle von 1990 gewählt wird.

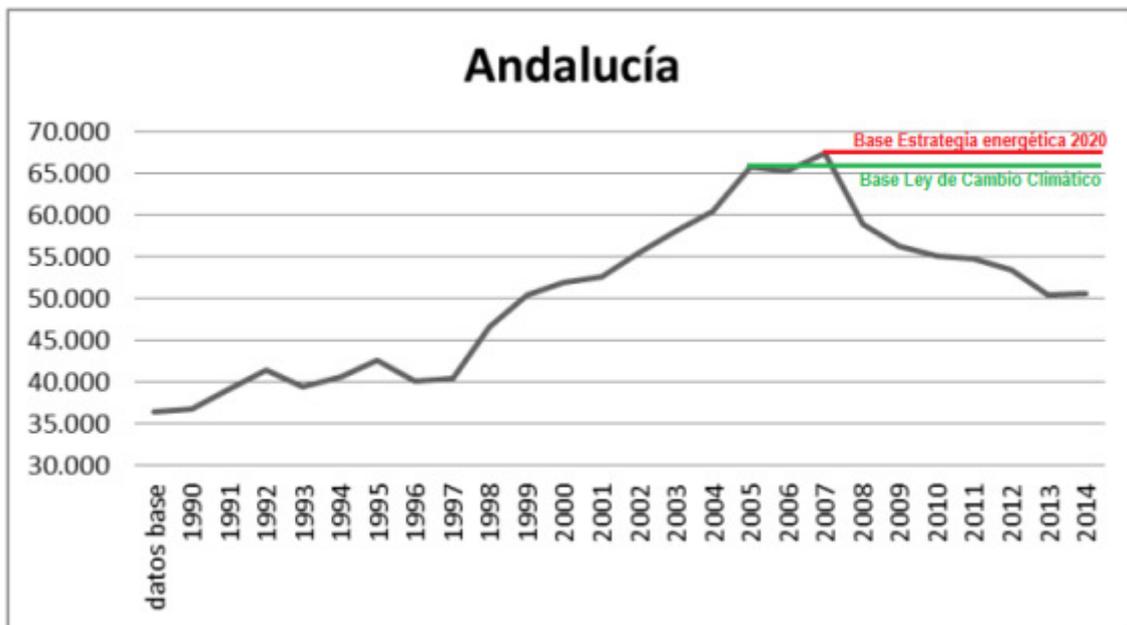
¹⁵ Estrategía Energética de Andalucía 2014-2020, hrsg. von der Junta de Andalucía, Sevilla 2013.

¹⁶ Boletín Oficial del Parlamento de Andalucía, 10.10.2017

¹⁷ So auch die Definition im Annex des Klimaplans.

¹⁸ <https://calentamientoglobalclima.org/2017/05/10/cambio-climatico-en-andalucia-aqui-y-ahora/>

Emisiones totales de GEI (en miles de Tm de CO₂ equivalentes) entre 1990 y 2014 en Andalucía



Fuente: OS 2016 a partir de datos del MAGRAMA

Für unsere Machbarkeitsstudie von besonderem Interesse ist das Kapitel zu Planungsinstrumenten von Gemeinden¹⁹: Demnach werden alle Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern zur Erarbeitung eines „kommunalen Plans gegen den Klimawandel“ verpflichtet. Die Gemeinden unter 50.000 Einwohnern sowie die Gemeindeverbände, haben die Möglichkeit, aus eigenen Stücken Klimapläne zu entwickeln. Zu den in beiden Fällen verpflichtenden Aufgaben gehören:

- Eine Bilanzierung und Evaluierung der Treibhausgas-Emissionen aus und durch die Gemeinde
- Konkrete Abschätzungen der Verwundbarkeit durch den Klimawandel im gesamten Gemeindegebiet
- Ziele und Strategien der Emissionsreduzierung und der Klimaanpassung
- Insbesondere auch emissionsverringende Maßnahmen im Verkehr zur Verbesserung der Luftqualität

Der Plan muss innerhalb der Bewohnerschaft zur Diskussion gestellt werden.

4. Zur Energiebilanz in der Provinz Cádiz

Die Provinz Cádiz hat aufgrund ihrer klimatischen Verhältnisse (viel Sonne, viel Wind) besonders günstige Voraussetzungen für eine Solarwende. In ihr ist (Stand: Mitte 2017) ein Viertel (24%) der Wind- und Solarkapazität Andalusiens installiert, vor allem 1.500 MW an Windparks, die sich neben der Meerenge von Gibraltar weitgehend im Zielgebiet unserer Machbarkeitsstudie befinden. In der Herstellung, Installation und Entwicklung von erneuerbarer Energie sind rund 100 Firmen in der Provinz beschäftigt, mit geschätzten 3.000 direkt wie indirekt Beschäftigten²⁰. Zu erwähnen ist auch das

¹⁹ Título , Artículo 15.

²⁰ La Voz, 15.6.2017

Engagement der Werft Navantia in der Bucht von Cádiz, die sich inzwischen neben dem herkömmlichen Schiffsbau auf die Herstellung der Plattformen für offshore-Windkraftwerke spezialisiert. Sie war am 350MW-Windpark „Wikinger bei der Insel Rügen beteiligt, der zum Jahresende 2017 in Betrieb genommen wurde²¹. Jedoch sind 2014 Bestrebungen, offshore-Windkraft an zwei dafür geeigneten Stellen am Kap von Trafalgar und nahe der Flussmündung des Guadalquivir zu errichten und an ihrem Bau mit den Werften der Provinz auch erhebliche Beschäftigungseffekte zu erreichen am Widerstand der Tourismusbranche und des Fischereigewerbes vorerst gescheitert. Dabei waren in der Provinz, trotz kontinuierlicher Rückgänge, noch im Herbst 2017 153.000 Bewohner*innen als arbeitslos²² registriert, bei insgesamt 1,24 Millionen Einwohnern²³.

5. Politische Nachbemerkung

Spanien kann es sich angesichts der Schnelligkeit der weltweiten Klimaveränderungen nicht weiter leisten, eine klimaverträgliche Energiewende zu verzögern, zumal das Land schon jetzt von Dürreperioden, extremen Wetterepisoden und beginnender Desertifikation besonders betroffen ist. Ebenso ist die spanische Wirtschaft darauf angewiesen, dass sich zukunftsgerichtete Branchen mit hohem technischen Potential und starker Diversifikation entwickeln. Mit dem Tourismus und der krisengeschüttelte Bauwirtschaft, ist das Land viel zu sehr von Sektoren abhängig, die besonders krisengefährdet sind, die zu starken Umweltzerstörungen führen und die zudem nicht zukunftsweisend sind. Schließlich ist es zwingend erforderlich, angesichts der hohen (Jugend)Arbeitslosigkeit neue, stabile und qualifizierte Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.

Von der regierenden Partido Popular ist bisher die Einleitung einer Energiewende, die diesen Namen verdient, nicht zu erwarten. Hinzukommt, dass die spanische Politik insgesamt seit Monaten vom Konflikt mit der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung okkupiert und damit für Zukunftsaufgaben weitgehend gelähmt ist. Auch in der Katalonienfrage sticht der Immobilismus einer Regierung ins Auge, die durch ihre Aktivitäten – Polizeieinsätze gegen das im Ergebnis ja nicht durchsetzbare Unabhängigkeitsreferendum, Inhaftierung führender katalanischer Politiker, Auflösung von Regionalparlament und –Regierung - diesen Konflikt verschärft hat und keine Lösungsperspektiven anbietet.

Andererseits haben im Nationalparlament die linken Oppositionsparteien gemeinsam mit den Regionalparteien die Mehrheit. Sie treten allesamt für eine Verfassungsreform ein welche unter anderem mindestens die föderalen Strukturen verstärkt. Unterschiedliche Auffassungen bestehen über die Zulassung von Unabhängigkeitsreferenden nach dem Muster von Schottland und Quebec. Zugleich haben sich, wie wir sahen, PSOE und Unidos-Podemos auf eine Politik der konsequenten Energiewende verpflichtet. Auch die nationalistischen Parteien aus Katalonien, Euzkadi und Galizien setzen in der Energiepolitik ihrer Region positivere Akzente als die Zentralregierung.

Eine Ablösung der Regierung durch eine parlamentarische Mehrheit wäre also möglich und überfällig. Ein Bündnis aus linken und regionalen Parteien könnte die ausstehende

²¹ www.elespañol.com, 30.12.2017. Für „Wikinger“ und für „den Windpark „East Anglia One“ hatte Navantia an seinen 3 Standorten, darunter Cádiz, 2.600 Personen in Beschäftigung, zumeist in Vertragsarbeit.

²² La Voz de Cádiz, 3.10.2017.

²³ Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt, den Arbeitsverhältnissen und der jungen Arbeitsuchenden in der Provinz Cadiz: Hartwig Berger, Abgehängt in Europa? Mit Klimaschutz gegen Jugendarbeitslosigkeit. www.hartwig-berger.de

Verfassungsreform erarbeiten, über ein Referendum dem Volk zur Entscheidung vorlegen²⁴ und damit den Katalonien-Konflikt entscheidend entschärfen. Zugleich könnte es dem Land mit einer klimaverträglicheren Energiewende den Weg in eine zumindest weniger nicht-nachhaltige Zukunft öffnen.

²⁴ Die jetzige Verfassung trat 1977 ebenfalls durch ein Referendum in Kraft. Ohne ein Referendum kann die zentralistisch orientierte spanische Rechte eine Verfassungsreform blockieren, da sie aufgrund der Wahlquoten in der ersten Kammer, dem Senat, eine nahezu gesicherte Mehrheit hat: Das Wahlrecht, das in der Übergangsphase von der Diktatur in eine europäische Demokratie durchgesetzt wurde, bevorzugt die konservativen und bevölkerungsarmen Provinzen in der Sitzverteilung, insbesondere im Senat. So hat die PP auch einen ersten Schritt zur Verfassungsreform, den die PSOE 2006 mit ihrer damaligen Mehrheit einleitete, durch ihre Mehrheit wiederum im Senat stoppen können. Ihre Obstruktion war damals auslösender Faktor der Katalonienkrise.